

**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Jugend und Soziales	Datum 19.10.2005
	Schriftführer Telefon-Nr. Hans-Jörg Fedder 02202/14-2865
Niederschrift	
Sozialausschuss	Sitzung am Mittwoch, 28.09.2005
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:31 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.03.2005 - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.03.2005 - öffentlicher Teil**
330/2005
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
331/2005
- 6. Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen Übergangsheimen und Notunterkünften im Jahr 2004**
337/2005

7. **Sachstand zur Umsetzung des Kundencenters Bergisch Gladbach**
420/2005
8. **Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates**
437/2005
9. **Vorberatung der Teilhaushalte für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales für die Jahre 2005 und 2006**
hier: Bereich Soziales
454/2005
10. **Aufhebung der Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach**
436/2005
11. **Aufhebung der Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen**
450/2005
12. **Vorstellung des SGB XII (Sozialhilfe) - Präsentation**
449/2005
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.03.2005 - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.03.2005 - nichtöffentlicher Teil**
 332/2005
3. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
4. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder - nichtöffentlicher Teil**

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, eröffnet die dritte Sitzung des Sozialausschusses in der siebten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach. Sie weist darauf hin, dass Herr Bierganns durch Herrn Dr. Lahn, Frau Alef durch Frau Steinfort, Herr Galley durch Herrn Becker und Frau Winkels durch Frau Kreft vertreten werden.

Unter Verlesung des Verpflichtungstextes wird die sachkundige Bürgerin Frau Steinfort (Fraktion KIDitiative) in ihr Amt eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Weiterhin stellt Frau Schöttler-Fuchs fest, dass der Sozialausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.03.2005 - öffentlicher Teil

@->

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 09.03.2005 - öffentlicher Teil

@->

Auf Anfrage Herrn Dr. Bernhausers erklärt Herr Hastrich, dass der Vorgang um die Einrichtung Hoppersheider Busch bearbeitet wurde. Dass die Bewohnerin, die am häufigsten zu Problemen geführt habe, nicht mehr in dieser Einrichtung wohne, habe zu einer gewissen Entspannung geführt.

Frau Münzer kritisiert die Formulierung der Vorlage, wonach eine Person „entfernt“ wurde. Solche Sachverhalte sollten angemessener dargestellt werden.

Ansonsten wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, trägt keine Mitteilungen vor.

5 <-@
Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Hastrich weist auf die Informationsveranstaltung für den Jugendhilfeausschuss, den Sozialausschuss und den Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann am 18.10.2005 hin im Ratssaal Bensberg zu den Themen „Kinderarmut“ und „Lebenslage von Alleinerziehenden“ hin. Es wird eine Liste herumgereicht mit der Bitte, sich bei Interesse dort einzutragen. Die ursprünglich geplante Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses finde nicht statt.

Auf Anfrage Herrn Hoffstadts erinnert Herr Hastrich daran, dass diese Veranstaltung auf einen entsprechenden Antrag des Jugendhilfe- und Sozialausschusses zurückgehe. Absicht sei, zu beiden Themen grundlegende Informationen zur Verfügung zu stellen.

Herr Dr. Bernhauser ergänzt, dass die Kinderarmut u. a. aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit zunehme. Auch der Landesjugendhilfeausschuss veranstalte am 22.11. einen Fachtag für die Vorsitzenden der kommunalen Jugendhilfeausschüsse ausschließlich zum Thema Kinderarmut. Diesem Thema komme eine weite Bedeutung zu.

Herr Hoffstadt und Frau Schöttler-Fuchs halten es für Sache der Politik, weitere Forderungen und Anträge daraus zu entwickeln.

6 <-@
Jahresbericht zur Unterbringungssituation von Asylbewerbern, Kontingentflüchtlingen, Spätaussiedlern und Obdachlosen in städtischen Übergangsheimen und Notunterkünften im Jahr 2004

@->

Herr Hastrich verweist auf die verteilte Tischvorlage, die dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt ist. Diese Tischvorlage gebe die aktuelle Belegungsdichte der einzelnen Einrichtungen wieder.

Herr Schnöring fragt nach Kontakten der Verwaltung zu den Punkern der ersten Generation, die derzeit in den Meleghy-Hallen untergebracht wären. Außerdem möchte er wissen, wie sich die Situation im Hinblick auf den nahenden Winter darstelle. In den Hallen würden immer mehr Personen mit immer mehr Hunden unterkommen. Dazu erklärt Herr Scherer, dass die Verwaltung mit dieser Gruppe in ständigem Kontakt stehe. Nach der Räumung des Gebäudes am Stockbrunnen wurde den in Bergisch Gladbach gemeldeten Punkern ein Obdach angeboten. Dieses Angebot werde über das Netzwerk Wohnungsnot ständig wiederholt. Der Winter müsse erst abgewartet werden um zu sehen, wie sich der Kontakt konkretisiere. Grundsätzlich müsse aber nur der in Bergisch Gladbach untergebracht werden, der seinen Wohnsitz in Bergisch Gladbach habe. Dies sei beim größten Teil der Gruppe nicht der Fall. Kapazitäten für Einzel- und Gruppenunterbringungen stünden zur Verfügung. Probleme würde die Tierhaltung im Hinblick auf ein entsprechendes Verbot in der Hausordnung bereiten. Dazu könne noch keine Lösung angeboten werden.

Frau Schu verweist auf massiven Ärger am vorangegangenen Wochenende wegen herumlaufender Hunde. Sie fragt nach der Rechtslage; nach ihrem Kenntnisstand kämen viele Mitglieder dieser Gruppe aus Köln.

Herr Hastrich verweist auf die die Unterbringungspflicht der Stadt und die Aufent-

haltsberechtigung der Personen. Die Kostenträgerschaft lag während der Unterbringung im Gebäude am Stockbrunnen ganz überwiegend bei der Stadt Köln. Unterbringungspflichtig sei Bergisch Gladbach für diejenigen, die sich hier rechtmäßig aufhalten würden und früher ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten. Dies gelte nicht für die Fälle einer vorübergehenden Unterbringung durch die Stadt Köln.

Von der Unterbringung unabhängig könnten sich die Punker in der Stadt aufhalten, sofern sie sich nicht aus anderen Gründen in einen rechtlichen Konflikt begeben würden. Der Aufenthalt auf dem Meleghy-Gelände werde offensichtlich vom Eigentümer geduldet. Daher gebe es kein Rechtmittel für ein Vorgehen gegen diese Personen.

Frau Schöttler-Fuchs hat den Eindruck, dass sich auf dem Gelände eine Jugendkultur entwickelt. Daher spreche sie sich für eine Besprechung im Jugendhilfeausschuss aus.

Frau Kreft fragt nach der methodisch richtigen Vorgehensweise. Es handele sich um eine schwierige Zielgruppe, die Bürgerinnen und Bürgern auffalle. Es könne sich um Projekt im Rahmen der Sozialarbeit handeln. Sie möchte wissen, ob Kontakt insbesondere mit der Katholischen Fachhochschule Köln aufgenommen werden könne. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf ein Projekt in Köln „Auf Achse – Treber e. V.“, aus dem eine finanzierte Einrichtung entstanden sei.

Herr Hastrich verweist auf die Änderungen der Studiengänge „Sozialarbeit“ und „Sozialpädagogik“ mit ihren jetzt integrierten berufspraktischen Anteilen. Dies müsse die Verwaltung bei der Prüfung des Vorschlages berücksichtigen.

<-@

7 Sachstand zur Umsetzung des Kundencenters Bergisch Gladbach

@->

Herr Hastrich erläutert die Vorlage.

Verschiedene Redner loben nachfolgend das Engagement der städtischen Mitarbeiter, die von der Änderung innerhalb der Sozialverwaltung betroffen sind.

Herr Schnöring sieht in der Zusammenführung zweier so unterschiedlicher Verwaltungen bei dem gegebenen Zeitdruck einen großen Einschnitt. Er kündigt detaillierte Anfragen in diesem Bereich an, um deren schriftliche Beantwortung er bittet.

Frau Münzer erinnert an die hervorragenden Leistungen der Hilfe zur Arbeit vor allem hinsichtlich der Beratungstätigkeit. Diese Qualität vermisse sie derzeit, weil es an zu vielem anderen mangle und in vielerlei Hinsicht, z. B. hinsichtlich der Buchstabenanzuordnung zu den einzelnen Sachbearbeitern, Änderungen umgesetzt wurden.

Weiter bemängelt sie, dass Hilfesuchende in für sie ungeeignete Maßnahmen gedrängt würden. Sie könne den Teilnehmern aus ihrem beruflichen Bereich nicht guten Gewissens eine Bescheinigung ausstellen, mit der sie auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden.

Auf Anfragen Frau Schus nach den finanziellen Kosten solcher Maßnahmen, Zuschüssen und anderen finanziellen Auswirkungen für die Stadt erklärt Herr Hastrich, diese Zahlen stünden der Stadt nicht zur Verfügung. Sie sei hinsichtlich der finanziellen Abwicklung des SGB II weitgehend auf die Arbeitsweise der Bundesagentur angewiesen. Die derzeit genutzte Software sei unzureichend; Auswertungspools stünden nicht zur Verfügung.

Die Bundesagentur stelle auf der untersten Ebene die Zahlen auf Kreisebene zur Ver-

fügung, die erst umgerechnet werden müssten. Kurzfristig werde sich an diesem Zustand auch nichts ändern. Die materiellen Hilfen lägen bei etwa 30 bis 35 Mio. €

Herr Hoffstadt ist von den Problemen angesichts des Vorhabens nicht überrascht. Er regt an, sich mit Kritik aus dem politischen Raum zurückzuhalten und auf die Arbeit der Beschäftigten zu vertrauen. In etwa einem Jahr könnten dann Details besprochen werden. Er sei sicher, dass der Standard der Hilfe zur Arbeit wieder erreicht werde.

Herr Dr. Bernhauser fragt nach dem im Gesetz vorgesehenen Beirat. Dieser habe gerade unter dem Aspekt der Wiedereingliederung eine besondere Funktion.

Herr Hastrich verweist auf eine Absprache in der Verwaltungskonferenz der K-A-S, nach der die Bundesagentur hierzu einen Vorschlag unterbreite. Mit diesem Vorschlag werde sich die Verwaltungskonferenz Anfang November befassen.

Auf Anfrage Frau Schöttler-Fuchs' erklärt Herr Dekker, in Bergisch Gladbach stünden 449 Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung. Dazu kämen 114 Arbeitsgelegenheiten bei der Stadt. Zu den letztgenannten läge inzwischen die positive Stellungnahme des Personalrates vor. 236 Stellen waren besetzt. Mit einer Steigerung sei zu rechnen. Es sei unwahrscheinlich, einem Arbeitslosen bei einem Träger aus der Arbeitsgelegenheit heraus eine Perspektive zu bieten. Positives Beispiel sei Skarabäus e. V. In anderen Fällen könne versucht werden, z. B. mit einem Eingliederungszuschuss Arbeitslose zu integrieren. Regelfall werde sein, Arbeitsgelegenheiten als einen Teil des Eingliederungsprozesses zu nutzen. Diese Arbeitsgelegenheiten dürften maximal zwölf Monate dauern.

Auf Nachfrage erläutert Herr Dekker, dass der Begriff „Fallmanagement“ die komplette Fallsteuerung bis zur Eingliederung in den Arbeitsprozess umfasse. Die Vermittlung von Arbeitsgelegenheiten sei nur davon ein Teil.

Herr Dekker ist wie Frau Münzer der Auffassung, die Arbeitsqualität der „Hilfe zur Arbeit“ müsse wieder erreicht werden.

Herr Hoffstadt verweist auf Überlegungen, die Arbeitsgelegenheiten zu streichen. Es gebe auch Beschlüsse, das System insgesamt zu verändern.

Herr Hastrich weist auf drei Änderungen des zugrunde liegenden Gesetzes innerhalb der letzten neun Monate hin. Mit weiteren Änderungen sei zu rechnen. Überlegungen zu einer generellen Abschaffung der Arbeitsgelegenheiten seien ihm neu. Dies würde einen Rückschritt hinter die Bestimmungen des BSHG darstellen.

Es gebe mehrere Papiere und Erklärungen zur Effizienzsteigerung. Eine Gesetzesänderung gebe es dazu nicht. Zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, der Bundesagentur für Arbeit, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund wurde im Juli eine Vereinbarung geschlossen, die Umsetzungsverantwortung des Gesetzes den Kommunen zu übertragen. Bei der Bundesagentur für Arbeit verbleibe die Gewährleistungsverantwortung. Dazu habe der örtliche Leiter der Agentur einen schriftlichen Vorschlag angekündigt. Nähere Regelungen blieben Verhandlungen vorbehalten. Die Vorlage eines Angebotes durch die Agentur werde voraussichtlich erst nach Bildung der neuen Bundesregierung erfolgen.

<-@

8 Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates

@->

Auf Anfrage Herrn Schnörings erklärt Herr Hastrich, der Seniorenbeirat sei hinsicht-

lich der Beratungen der in den Listen A und B vorgesehenen Einsparungen sehr gut eingebunden worden. Es habe ein Gespräch zwischen dem Vorsitzenden des Seniorenbeirates und seinem Stellvertreter, Frau Leyendecker und ihm gegeben.

Herr Becker verweist auf Bemühungen des Seniorenbeirats, den Erhalt der Seniorenbegegnungsstätten zu sichern. Dies sei zwar nicht ganz gelungen. Er hoffe aber im Rahmen des Konzeptes, das auch der Bürgermeister vertrete, auf eine vernünftige Regelung.

Frau Schu verweist auf einen Termin zur Altenarbeit am heutigen Sitzungstag und spricht sich für eine bessere Koordination der Sitzungstermine für 2006 aus.

Herr Hastrich betont die Bemühungen der Verwaltung um eine gute Abstimmung, verweist aber darauf, dass die Ausschusssitzungen auch mit den Ratssitzungen abgestimmt werden müssten. Aus terminlichen Gründen sei keine andere Planung möglich gewesen.

<-@

9 **Vorberatung der Teilhaushalte für den Fachbereich 5 - Jugend und Soziales für die Jahre 2005 und 2006**
hier: Bereich Soziales

@->

Frau Steinfort beantragt die Vertagung in die nächste Ausschusssitzung.

Herr Kotulla verweist auf die Vertagung des Etats im Finanz- und Liegenschaftsausschuss bis Ende des Jahres. Der Haushalt stehe dennoch auf der Tagesordnung der morgigen Ratssitzung. Er verweist auf die Praxis der vergangenen Jahre, dass sich die Fachausschüsse mit ihren Teilhaushalten befassen und in den Rat verweisen.

Der Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen sechs Stimmen der CDU-Fraktion bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion)

Die Beschlussfassung wird in die nächste Sitzung des Sozialausschusses vertagt.

<-@

10 **Aufhebung der Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach**

@->

Herr Dr. Lahn hält die Einsparmöglichkeit von 1.700 € für eine vernachlässigbare Größe. Betroffen seien Menschen über 65 Jahre in beschränkten finanziellen Verhältnissen. Da diese Menschen möglicherweise auch nicht mehr beweglich genug seien, um den beabsichtigten Verzicht ausgleichen zu können, sieht er in dem vorgeschlagenen Beschluss eine zu große Härte für diesen Personenkreis. Herr Dr. Lahn spricht sich daher für eine Ablehnung des Beschlussvorschlags aus.

Herr Hillebrand erinnert daran, dass die vorgeschlagene Einsparung auch Menschen mit Behinderungen betreffe.

Herr Hastrich verweist darauf, dass der Regelsatz inzwischen die Telefonkosten be-

rücksichtigen. Dies war bei der Einführung der zur Debatte stehenden Richtlinie noch nicht der Fall.

Herr Dr. Bernhauser spricht sich mit dieser Begründung für den Beschlussvorschlag aus, da die Richtlinie inzwischen überholt sei. Auch stehe der Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis mehr zum Ergebnis.

Herr Becker spricht sich dafür aus, die Betroffenen rechtzeitig über die Aufhebung dieser Richtlinien zu informieren.

Der Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen eine Stimme der Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg e. V.)

<-@
@-> Die am 13.11.1975 vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossenen Richtlinien für die Übernahme der Telefonanschlußkosten und Telefongrundgebühren durch die Stadt Bergisch Gladbach (Anlage) werden zum 31.Dezember 2005 aufgehoben.

11 <-@
Aufhebung der Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen

@->
Auf Anfrage Frau Steinforts erklärt Frau Leyendecker, dass die Kosten bereits jetzt von Krankenkassen, Pflegekassen, Sozialleistungsträgern und ähnlichen übernommen würden; daher seien der Stadt in den letzten Jahren auch keine Kosten mehr in diesem Bereich entstanden.

Herr Hillebrand bestreitet dies. Pflegekassen würden zwar Umbaumaßnahmen in der Wohnung mit 5.384 € bezuschussen; in Einzelfällen lägen die tatsächlichen Kosten jedoch darüber. Diese Mehrkosten könnten von den älteren Menschen jedoch nicht aufgefangen werden.

Herr Hastrich erklärt, diese Mehrkosten würden auch nicht unter die Bestimmungen der aufzuhebenden Richtlinien fallen, sodass auch die Stadt diese Kosten nicht übernehme. Die Leistungen aufgrund dieser Richtlinien entsprachen in der Höhe gesetzlichen Regelungen, die aber zum Zeitpunkt des Erlasses der Richtlinien nicht alle Zuwendungsempfänger erfassten. Frau Leyendecker ergänzt, dass die Beratung der Betroffenen auch weiterhin durch die Stadt erfolge mit dem Ziel, auf den zuständigen Träger zu verweisen und bei der Antragstellung zu helfen.

Herr Dr. Bernhauser verweist darauf, dass seit 2002 keine Maßnahmen bewilligt wurden.

Der Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

<-@
@-> Die am 18.05.2000 vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossenen und rückwirkend zum 1.1.2000 in Kraft getretenen Richtlinien zur Förderung von Wohnraumanpassungsmaßnahmen für ältere Menschen werden mit Wirkung

vom 01.01.2006 aufgehoben.

Im Sozialausschuss besteht darüber Einvernehmen, während der Vorbereitung der Präsentation TOP A 13: Anfragen der Mitglieder zu behandeln.

<-@
13 **Anfragen der Ausschussmitglieder - öffentlicher Teil**

@->

Herr Schnöring legt schriftliche Anfragen zu Arbeitsgelegenheiten vor. Diese wurden von Herrn Schnöring an die Fraktionen verteilt und sind der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Herr Dr. Bernhauser erinnert an eine von ihm gestellte Anfrage zur Änderung der Zuständigkeitsordnung im Hinblick auf die Einrichtung des Sozialausschusses. Diese Anfrage wurde noch nicht beantwortet. Er bittet um eine entsprechende Vorlage für die nächste Sitzung. Betroffen seien auch die Angelegenheiten des Integrationsbeirates, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und die Zuordnung der Angelegenheiten der K-A-S.

Herr Kotulla erklärt, die Änderung der Zuständigkeitsordnung werde derzeit bearbeitet. Er sagt eine Vorlage - soweit möglich zur nächsten Sitzung des Sozialausschusses - zu.

<-@
12 **Vorstellung des SGB XII (Sozialhilfe) – Präsentation**

@->

Frau Leyendecker erläutert die Vorlage; ihre Unterlagen sind dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Zwischenfragen beantwortet sie wie folgt:

Wenn Mietschulden auftreten, kann die Miete direkt an den Vermieter überweisen werden.

Werden Beihilfen beantragt, die bereits im Rahmen der Pauschalierung durch die Regelsätze abgegolten sind, besteht zum einen die Möglichkeit der Unterstützung der Antragsteller und Antragstellerinnen durch Sozialarbeiter. Dies trifft oft in Fällen einer Erkrankung der Antragsteller und Antragstellerinnen zu. Andererseits kommt auch die Gewährung eines Darlehens in Betracht, das in den nachfolgenden Monaten von den laufenden Leistungen abgezogen wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Regelsatz das Minimum um ca. 50 € mtl. übersteigt. Es besteht auch die Möglichkeit, die Beihilfe nicht auszuzahlen, sondern mittels eines Kostenübernahmescheines mit der jeweiligen Firma abzurechnen.

Die Formulierung des Gesetzes ist in diesem Falle so konkret, dass nicht in einzelnen Städten unterschiedliche Auskünfte erteilt werden können.

Die Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung ist nach Buchstaben aufgeteilt.

Die Bewilligung von Mehrbedarfen erfolgt auf Antrag.

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs, schließt den öffentlichen Teil um 18.30 Uhr.

